

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Trinkwasser in bester Qualität zu angemessenen Preisen im
Regierungsbezirk Chemnitz**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

- a) sich im Regierungsbezirk Chemnitz gemeinsam mit den in Verantwortung stehenden Kommunen dafür zu engagieren, dass die Trinkwasserversorgung organisatorisch, technisch und ökonomisch optimiert wird, um Bürgerinnen und Bürgern und der regionalen Wirtschaft Trinkwasser in bester Qualität zu fairen und angemessenen Preisen anzubieten.
- b) sich gegen das Vorhaben der Stadtwerke Chemnitz, Trinkwasser aus der Republik Tschechien zu beziehen, zu stellen und insbesondere den Bau einer Fernwasserleitung aus der Republik Tschechien und deren Förderung durch öffentliche Mittel im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten zu verhindern.

Begründung:

Durch die geographische Lage und den vorausschauenden Bau von Talsperren besteht im Regierungsbezirk Chemnitz ein Überangebot an Rohwasser für die Trinkwasseraufbereitung. Allein das in den Talsperren der Region zur Verfügung stehende Rohwasser reicht mehr als aus, die Bevölkerung in der Region zu jeder Zeit hinreichend mit Trinkwasser zu versorgen.

b.w.

Dresden, den 04. April 2007



Antje Hermenau MdL
und Fraktion

Eingegangen am: 04. APR. 2007 Ausgegeben am: 05. APR. 2007

Auch der für die Region prognostizierte Klimawandel wird an dieser Situation, in der ein Überangebot an Rohwasser besteht und durch das natürliche Gefälle zu den Verbrauchern geleitet werden kann, nichts Grundlegendes ändern.

Rohwasser ist in der Region mehr als reichlich vorhanden, weil das Dargebot aus den von der Landestalsperrenverwaltung (LTV) betriebenen Talsperren ergänzt wird um lokale Dargebote der regionalen Aufgabenträger und die Jahre seit 1990 zudem durch einen Bevölkerungsrückgang und parallel einen Rückgang beim Verbrauch pro Kopf gekennzeichnet sind.

In dieser Situation eines Überangebotes an Rohwasser ist es ein ökonomischer Unsinn ersten Ranges, das vorhandene, hoch moderne Leitungsnetz durch eine Fernwasserleitung zu den Talsperren in Nordböhmen zu ergänzen, denn das vorhandene Netz ist mehr als ausreichend.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Modernisierung der vorhandenen Infrastruktur bereits mit Fördermitteln unter anderem auch von der Europäischen Union finanziert wurde. Jetzt wiederum EU-Mittel einzusetzen hieße, dem Steuerzahler ein zweites Mal in die Tasche zu greifen, um dieselbe Aufgabe – die Versorgung der Bevölkerung in der Region – zu finanzieren. Das wäre Verschwendung.

Initiator der Initiative auf tschechischer Seite ist ein privates Unternehmen, das sich bereits in Mitteldeutschland den Einfluss über mehrere Fernwasserleitungen und entsprechende Wasserdarangebote gesichert hat. Mit dem Angebot an die Stadtwerke Chemnitz und die Kommunen, über deren Gebiet die Fernwasserleitung gehen soll, verfolgt das Unternehmen das Ziel, mit Hilfe öffentlicher Gelder den unternehmerischen Gewinn zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger in der Region zu optimieren. Denn offensichtlich ist, dass im Falle des Baus dieser Leitung das Rohwasser aus den Talsperren für die Aufgabenträger, die im bestehenden Verbund Mitglieder bleiben, teurer werden wird. Bei diesem Vorhaben der privaten Gewinnmaximierung bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten muss die Staatsregierung den Sperr-Schieber betätigen.

Mit der Zurückweisung der Pläne der Chemnitzer Stadtwerke allein ist es aber nicht getan. In der Region sind neben der LTV acht kommunale Aufgabenträger und ein Fernwasserverbund für die Bereitstellung des Trinkwassers zuständig. Die Rohwasserbezugspreise in der Region gehören zu den höchsten der Republik, obgleich die natürlichen Voraussetzungen für die Trinkwasserbereitstellung zu den besten gehören.

Um eine organisatorische, technische und ökonomische Optimierung der Trinkwasserversorgung in der Region anzugehen und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gestalten zu können, ist es notwendig, dass alle Aufgabenträger und die LTV gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Aufgabe der Staatsregierung wäre es, diesen Prozess anzuschieben und im Sinne des Allgemeinwohls zu steuern.